

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Donnerstag, 01.03.2018

Ort: FB Kinder, Jugend, Familie, Großer Saal, Eiermarkt 4-5, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:22 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Frau Annette Schütze - SPD
Herr Claas Merfort - CDU
Frau Astrid Buchholz - BIBS
Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD
Frau Heidemarie Mundlos - CDU
Herr Dr. Hans E. Müller - AfD
Frau Annika Naber - B90/GRÜNE
Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.
Herr Kurt Schrader - CDU
Frau Cornelia Seiffert - SPD
Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2
Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE
Herr Andreas Paruszewski -
Herr Gerrit Stühmeier - CDU
Frau Christine Wolnik -

Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V
Herr Martin Klockgether – FBL 50
Frau Marion Becker – FB 50
Frau Felicia Ferdinand – FB 50
Herr Norbert Rüscher – FB 50
Herr Marcus Schumann – FB 50
Frau Brigitte Finze-Raulf – FB 50
Herr Christian Symalla – FB 50
Frau Ulrike Adam – Ref. 0150
Herr Hermann Gwiasda – Jobcenter Braunschweig
Frau Julia Bütow – Jobcenter Braunschweig
Herr Dr. Burkhard Wiegand - Behindertenbeirat Braunschweig

Abwesend

Mitglieder

Frau Annette Johannes - SPD	entschuldigt
Herr Carsten Lehmann - FDP	entschuldigt
Herr Frido Gaus - AfD	abwesend
Herr Arnim Graßhoff -	entschuldigt
Herr Rolf Kamphenkel -	entschuldigt
Herr Gunter Kröger - Sprecher AGW	entschuldigt
Herr Dr. Günter Weinhausen - Vorsitzende/r des Seniorenrates	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2017	
3	Flüchtlingsangelegenheiten	
4	Verlängerung der Gebietsfreistellung der öffentlich geförderten Wohnungen im Stadtbezirk 221 Weststadt	18-07055
5	Förderung des Behindertenbeirates Braunschweig e. V. (EUTB-Beratungsstelle) und des Frauen BUNT e. V.	18-07467
6	Mitteilungen	
6.1	Sachstand zur Einrichtung einer EUTB-Beratungsstelle in Trägerschaft des Behindertenbeirat Braunschweig e. V. gem. § 32 SGB IX	18-07469
6.2	Jahresbericht 2017 des Jobcenters Braunschweig	18-07275
6.3	Bericht über die Entwicklung der Unterbringung wohnungsloser Personen im Jahr 2017	18-07273
7	Anfragen	
7.1	Jobcenter: Einzelbezogene Betrachtung und Betreuung II	18-06425
7.1.1	Jobcenter: Einzelbezogene Betrachtung und Betreuung II	18-06425-01

Nichtöffentlicher Teil:

8	Auftragsvergabe über den Sicherheitsdienst für die Wohnstandorte zur Unterbringung von Geflüchteten	18-06763-01
---	---	-------------

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Seinem Vorschlag, die Mitteilung 18-07469 (TOP 6.1) im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage 18-07467 (TOP 5) zu behandeln, wird zugestimmt.

Einer mündlichen Anfrage durch Herrn Paruszewski im Anschluss an die Anfrage TOP 7.1 wird zugestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2017

Ratsfrau Ohnesorge merkt an, dass in den Berechnungen der Verkehrs-GmbH möglicherweise Fehler vorlägen. Frau Dr. Hanke sichert zu, dass die Berechnungen zur Überprüfung noch einmal an die Verkehrs-GmbH zurückgeleitet werden, und dem Ausschuss in einer korrigierten Fassung erneut vorgelegt werden.

Hierzu nimmt die Braunschweiger Verkehrs-GmbH wie folgt Stellung:

	Szenario 1 Nutzung 10 %	Szenario 2 Nutzung 15 %	Szenario 3 Nutzung 25 %	Szenario 4 Nutzung 40 %	Szenario 5 Nutzung 50 %	Szenario 6 Nutzung 75 %
BS Mobil Inhaber Bestand						
6.000						
Nutzer gem. Szenario	600	900	1.500	2.400	3.000	4.500
Ertragsaus- fall	114.000	171.000	285.000	456.000	570.000	855.000
3,80 € (2x10-er)						

Wie bereits mehrfach beschrieben sind alle Betrachtungen und die daraus folgenden Effekte mangels detaillierter Kenntnis über das reale Nutzerverhalten vor und nach der Umstellung nicht Euro-genau nachrechenbar sondern können nur annahmebasiert als Größenordnung aufgezeigt werden.

Im Ergebnis der voraussichtlichen Mehrnutzung = Erträge und den Ertragsverschiebungen der ehemals genutzten Tickets (Einzel-10-er Tickets, Wochenkarten etc.) ergibt sich das Delta.

Wir können den bereits mehrfach begründeten Argumenten zum BS-Mobil nicht mehr viel Inhaltliches hinzufügen. Im Ergebnis wird eine Ausweitung des Zeitraums von kostenpflichtiger zu kostenfreier Nutzung durch Kunden bei neutralem Aufwand zwangsläufig zu einer Ergebnisverschlechterung führen.

Im Übrigen wird das Protokoll genehmigt.

3. Flüchtlingsangelegenheiten

Frau Dr. Hanke berichtet, dass die Verteilquote von 492 Personen für das Jahr 2017 bis zum 31. März 2018 verlängert wurde. Im Jahr 2017 seien 208 Personen zugewiesen wurden, im Jahr 2018 bisher 35 Personen. Insgesamt wurden in den Jahren 2017 und 2018 somit 243, in den Jahren 2016 bis 2018 684 Personen zugewiesen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Schrader erläutert Frau Dr. Hanke, dass die LAB zur Zeit im Rahmen ihrer Kapazitäten arbeite, es keine großen Besonderheiten bei der Anzahl der Zuweisungen gebe und diese voraussichtlich konstant bleibe.

4. Verlängerung der Gebietsfreistellung der öffentlich geförderten Wohnungen im Stadtbezirk 221 Weststadt 18-07055

Frau Dr. Hanke erläutert, dass umfangreiche Gespräche geführt worden seien. Die Wohnbauunternehmen hätten hierbei deutlich gemacht, aus welchen Gründen die Gebietsfreistellung für sie erforderlich sei. Es solle eine gute soziale Struktur in der Weststadt geschaffen werden. Das Land würde ggf. dieser erneuten Verlängerung letztmalig zustimmen.

Herr Symalla weist darauf hin, dass die befristete Verlängerung laut Gesetz möglich sei. Es gehe darum, dass auch nach dem Ende der Gebietsfreistellung in Zukunft weiterhin gute Arbeit geleistet werden solle. Die Einkommensgrenzen für die Beantragung eines B-Scheines seien zwar nicht sonderlich hoch, jedoch sei die Zahl der tatsächlichen Beantragungen trotzdem gering.

Ratsfrau Ohnesorge äußert, dass die Gebietsfreistellung grundsätzlich auf 5 Jahre beschränkt sei. Früher sei der Wohnungsmarkt anders und noch nicht so stark angespannt gewesen wie heute. Die bereits aufgebauten Nachbarschaftstreffe leisteten gute Arbeit für die weitere positive Entwicklung des Stadtteils. Zudem gebe es bereits Neubaugebiete mit einer besseren Durchmischung und besseren Wohnbedingungen. Das Gebiet der "Sozialen Stadt" komme auch noch dazu. Sie fragt nach, woran es liege, dass so wenige B-Scheine ausgestellt würden.

Ratsherr Schrader führt an, dass für künftige Baugebiete bereits ein Anteil von 20 % sozialen Wohnraums festgelegt sei. Er fragt, ob es Alternativquartiere gebe.

Ratsfrau Naber hält ein neues Überdenken der Situation in der Weststadt für notwendig. Sie fragt nach, wer alles B-Schein berechtigt sei und wo diese Menschen wohnen könnten, außerdem, ob es eine Möglichkeit gebe, den Menschen einen B-Schein niedrigschwelliger zur Verfügung zu stellen.

Ratsfrau Schütze drückt ihre Zustimmung zu der Vorlage aus. Es gebe in dem Stadtteil Menschen, die sehr nah an der Grenze zur Berechtigung eines B-Scheines liegen würden, und an diese Menschen müsse auch gedacht werden. Bezahlbarer Wohnraum fehle insgesamt im Stadtgebiet. Die Verwaltung müsse für den B-Schein werben.

Frau Dr. Hanke erläutert, dass mit der Gebietsfreistellung zwar bereits im Jahre 2002 begonnen worden sei, strukturelle Veränderungen in einem Gebiet jedoch auch eine gewisse Zeit benötigten. Die Wohnbauunternehmen würden ein sehr hohes Engagement für die gute Durchmischung zeigen und seien ein wertvoller Partner für die Verwaltung. Sie gibt zu bedenken, dass es in der Realität, unabhängig von der Entscheidung über die Beschlussvorlage, nicht mehr freie Wohnungen geben werde. Sie sehe auch keine anderen Möglichkeiten, da die Investorenbereitschaft sehr gering sei.

Herr Merfort erklärt für seine Fraktion die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Beschluss:

Im Stadtbezirk 221 Weststadt wird die Gebietsfreistellung der öffentlich geförderten Wohnungen auf der Grundlage des § 11 Niedersächsisches Wohnraumförderungsgesetz (NWoFG) letztmalig für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2023 verlängert.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 7; dagegen: 3; Enth.: 0

- | | | |
|-------------|---|-----------------|
| 5. | Förderung des Behindertenbeirates Braunschweig e. V. (EUTB-Beratungsstelle) und des Frauen BUNT e. V. | 18-07467 |
| 6.1. | Sachstand zur Einrichtung einer EUTB-Beratungsstelle in Trägerschaft des Behindertenbeirat Braunschweig e. V. gem. § 32 SGB IX | 18-07469 |

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6.1 werden gemeinsam behandelt.

Ratsfrau Schütze übernimmt den Vorsitz für die Sitzung.

Frau Dr. Hanke erläutert, dass durch die Arbeit des Vereins Frauen BUNT e. V. verstärkt auch Frauen mit Migrationshintergrund erreicht werden können. Sie berichtet, dass der Verein ein hohes Engagement bei der Standortsuche gezeigt habe. Er vereine Frauen sehr vieler unterschiedlicher Nationalitäten unter einem Dach.

Ratsfrau Schütze stimmt zu, dass ein Treffpunkt sehr wichtig für das Vereinsleben sei.

Ratsfrau Naber fragt nach, wie oft sich die Mitglieder treffen und wie dann der Ablauf sei. Zudem interessiert sie, warum der Verein eigene Räumlichkeiten benötige, und nicht eine stundenweise Anmietung von Räumlichkeiten, beispielsweise im Haus der Kulturen, möglich sei.

Frau Dr. Hanke erläutert, dass der Verein zwar mit dem Haus der Kulturen zusammenarbeite, die Art der Arbeit des Vereins es jedoch erforderlich mache, eigene Räumlichkeiten zu haben. Diese sollten als Anlaufstelle während der Öffnungszeiten dienen.

Ratsherr Dr. Müller fragt, wer genau zum Verein gehöre und wie viele Mitglieder dieser insgesamt habe.

Frau Dr. Hanke erläutert, dass Frauen BUNT e. V. ein Dachverband sei, in dem sowohl andere Vereine als auch Einzelpersonen Mitglied sein können. Grundsätzlich könne jedoch jeder zu der Beratungsstelle gehen und sich informieren lassen.

Der Frauen BUNT e. V. nimmt zur Anzahl seiner Mitglieder wie folgt Stellung:

Bei Frauen BUNT e.V. handelt es sich um einen Trägerverein, dem verschiedene Frauenvereine/Initiativen und Vertreterinnen unterschiedlicher Communities angehören. Die Vereine und Initiativgruppen sind im Vorstand repräsentiert:

Vorsitzende: Imrie Shashivari, Kosovo, Leiterin der Deutsch-Albanische Fraueninitiative, Stellvertreterin: Katarzyna Stute, Polen, Sozialpädagogin, Internationaler Frauengesprächskreis

Stellvertreterin: Camilla Al-Mousslie, Dänin, IGB und Interkulturelles Elternnetzwerk

Beisitzerin: Mariam Yussef, Syrien, Vorsitzende des Vereins Primavera e.V (für geflüchtete Frauen)

Beisitzerin: Yesim Cil, Türkei, Vorsitzende des Frauenvereins Elele e.V.

Schriftführerin: Dr. Astride Lorette Kammoë, Kamerun, Initiative Entwicklungspolitische Bildung " Globale Lernen",

Kassenwartin: Alla Vinenko, Ukraine, Projektkoordinatorin des Vereins Soziokulturelles Alexander David Zentrum e. V.

Über die Mitgliederzahlen der Vereine und Initiativgruppen selbst können keine Angaben gemacht werden. Zurzeit sind 16 Frauen Gründungsmitglieder des Vereins Frauen BUNT e.V. Diese vertreten darüber hinaus die koreanische Frauengruppe, den islamischen Frauenbund für Bildung und Erziehung, den Ladies Club oder die deutsch-persische Gesellschaft, IWA Braunschweig e.V..

Weitere Frauen Gruppen/Vereine haben ihr Interesse an einer Vereinsmitgliedschaft signalisiert. Ein Aufnahme ist allerdings erst vorgesehen, wenn ein Raum als Plattform für die gemeinsamen übergreifenden Aktivitäten zur Verfügung steht.

Anschließend berichtet Herr Dr. Wiegel von der EUTB (s. Anlage).

Frau Dr. Hanke gibt in diesem Zusammenhang bekannt, dass aufgrund der Eröffnung der EUTB am 4. April die Sitzung des Ausschusses an diesem Tag auf 17.30 Uhr verschoben wird. Sie erläutert, dass es der Verwaltung im Zusammenhang mit dem neuen Bundesteilhabegesetz ein großes Anliegen war, die EUTB und den Behindertenbeirat zu unterstützen. Man habe nunmehr großzügige, geeignete Räumlichkeiten finden können und erhoffe sich positive Synergieeffekte mit der Schwerbehindertenvertretung.

Ratsfrau Schütze lobt die gefundene Lösung aufgrund der hohen Förderquote und der Unabhängigkeit der Beratungsstelle, die durch die Trägerschaft des Behindertenbeirates gegeben sei.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Merfort erläutert Herr Klockgether, dass der Beschluss über die Förderung zunächst für ein Jahr erfolgt, und die Förderung künftig in die Haushaltsberatungen aufgenommen werde.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Dr. Müller erklärt Herr Dr. Wiegel, dass der Behindertenbeirat seit 2009 bestehe. Den Menschen solle in der EUTB die Möglichkeit gegeben werden, sich vorab eine unabhängige Beratung einzuholen, bevor sie sich an die einzelnen Leistungserbringer wenden.

Ratsfrau Schütze beschreibt die Aufgabe der EUTB als Lotsenfunktion. Es werde zunächst ein Überblick über alle Angebote im Stadtgebiet gegeben, damit im Anschluss eine Einschätzung gemacht werden könne, welcher Leistungserbringer im Einzelfall der passende sei.

Beschluss:

Den genannten Antragstellern werden für das Jahr 2018 folgende Zuwendungen gewährt:

1. Behindertenbeirat Braunschweig e. V. bis zu 6.832,44 €,
2. Frauen BUNT e. V. bis zu 16.200 €.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10; dagegen: 0; Enth.: 0

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6. Mitteilungen

6.2. Jahresbericht 2017 des Jobcenters Braunschweig

18-07275

Herr Gwiasda stellt den Jahresbericht des Jobcenters vor (s. Anlage).

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Ratsfrau Ohnesorge gibt zu bedenken, dass die Datenbasis hier schwierig sei. In dem Bereich Tätige gäben an, dass die tatsächlichen Zahlen höher liegen dürften. Zudem weist sie auf die gestiegene Verweildauer aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes hin.

Herr Klockgether erklärt, dass nur die Zahlen der bei der Stadt gemeldeten Wohnungslosen dargestellt werden könnten. Diese wiederum seien auch belastbar für die Ressourcenplanung der Stadt. Ein williger Vermieter bräuchte einen Kunden, der mietfähig sei. Daher würden für geeignet erachtete Personen für das Probewohnen ausgewählt. Zur Zeit laufe die Akquise für mehr Probewohnungen.

Ratsfrau Naber fragt nach, was mit den Menschen geschehe, die die Unterkünfte verlassen, da diese laut Bericht nur teilweise mit Wohnungen versorgt würden. Außerdem fragt sie nach der Entwicklung der Altersstruktur der wohnungslosen Personen.

Herr Klockgether erläutert, dass nicht jeder Wohnungslose, der eine Unterkunft verlässt, durch die Stadt in einer Wohnung untergebracht wird und die Menschen der Stadt gegenüber nicht auskunftspflichtig sind. Bezüglich der Entwicklung der Anzahl junger wohnungsloser Menschen gebe es keine signifikanten Verbesserungen.

Ratsfrau Jaschinski-Gaus fragt nach der Unterbringung bei einer Familienzusammenführung mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Frau Finze-Raulf erklärt, dass Menschen mit Aufenthaltsgestattung nicht in den Unterkünften für Geflüchtete untergebracht würden. Herr Klockgether erläutert, dass Wohnungslosigkeit einen Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit darstellt. Wenn die Familienangehörigen in Braunschweig ankämen und die Voraussetzungen erfüllten, sei die Stadt demnach zur Unterbringung verpflichtet.

Ratsherr Schrader erkundigt sich nach den Menschen, die nach ihrer Haftentlassung unterzubringen sind, und ob dies nicht über Cura e. V. geschehe.

Herr Klockgether erklärt, dass Cura eine Beratungseinrichtung sei, selbst jedoch keine Menschen unterbringe. Ratsfrau Schütze ergänzt, dass Cura lediglich tagsüber einen Aufenthaltsraum zur Verfügung stelle.

Ratsherr Merfort sieht bei Menschen, die nach ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus oder der Haft unterzubringen sind grundsätzlich größere Zugriffsmöglichkeiten, als bei denjenigen, die sich lediglich auf der Durchreise befinden.

Ratsfrau Schütze merkt an, dass es Menschen gebe, die die Wohnungslosigkeit einer Unterbringung gemeinsam mit vielen Anderen vorziehen würden.

Herr Klockgether führt hierzu aus, dass die Stadt bemüht sei, Einzel- bzw. Zweierzimmer zu vergeben. Zudem seien Sozialarbeiter vor Ort. Es werde niemand abgewiesen, der Unterkunft benötigt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7. Anfragen

Herr Paruszewski erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Antrages der Stadt auf Gelder für eine Kampagne für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Frau Dr. Hanke berichtet, dass der Antrag zur Zeit in Bearbeitung sei.

Der aktuelle Stand wird auf Wunsch des Ausschusses in der nächsten Sitzung am 4. April 2018 vorgestellt.

7.1. Jobcenter: Einzelbezogene Betrachtung und Betreuung II **18-06425**

Auf Vorschlag von Ratsfrau Schütze wird die Anfrage zum Tagesordnungspunkt 7.1 schriftlich zum Protokoll beantwortet.

Die Anfrage wird schriftlich mit nachfolgender Stellungnahme 18-06425 beantwortet.

7.1.1. Jobcenter: Einzelbezogene Betrachtung und Betreuung II **18-06425-01**

Nichtöffentlicher Teil:

8. Auftragsvergabe über den Sicherheitsdienst für die Wohnstandorte zur Unterbringung von Geflüchteten **18-06763-01**

Auf Nachfrage von Rats Herrn Merfort, ob es üblich sei, dass ein Anteil von 25% der Unternehmen aufgrund von Verfahrensfehlern ausgeschlossen werde, erläutert Frau Finze-Raulf, dass es für die Einreichung der Angebote ein Online-Formular gab. Dieses Formular war verfahrenstechnisch vorgeschrieben. Die ausgeschiedenen Unternehmen haben jedoch nicht das Online-Formular genutzt, sondern ihre Unterlagen auf dem Postweg eingereicht.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

gez.
Merfort
Stellv. Ausschussvorsitzender

gez.
Dr. Hanke
Dezernentin

gez.
Ferdinand
Schriftführerin

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Mittwoch, 04.04.2018

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Herr Nils Bader - SPD

Vertretung für: Frau Annette Schütze MdL (SPD)

Herr Claas Merfort - CDU

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Herr Frank Flake - SPD

Vertretung für: Frau Annette Johannes; ab 18:20 Uhr

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Dr. Hans E. Müller - AfD

Frau Annika Naber - B90/GRÜNE

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Herr Kurt Schrader - CDU

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Michael Baumgart

Herr Frido Gaus

Herr Arnim Graßhoff

Herr Andreas Paruszewski

Frau Christine Wolnik

Herr Gunter Kröger - Sprecher AGW

Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether – FBL 50

Frau Dr. Brigitte Buhr-Riehm – FB 50

Herr Martin Albinus – FBL 51

Frau Marion Becker – FB 50

Frau Felicia Ferdinand – FB 50

Herr Marcus Schumann – FB 50

Herr Christian Symalla – FB 50
Frau Ulrike Adam – Ref. 0150
Herr Hartmut Dybowski – Ref. 0500
Frau Annette Rueß – FB 51
Herr Tobias Lenz – FB 50
Herr Stefan Kundolf – FB 50
Herr Mathias Mühlhaus – FB 50

Abwesend

Mitglieder

Frau Annette Schütze - SPD	entschuldigt
Frau Annette Johannes - SPD	entschuldigt
Herr Carsten Lehmann - FDP	entschuldigt
Herr Gerrit Stühmeier	abwesend
Herr Rolf Kamphenkel	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 1.1 | Mitteilungen | |
| 1.2 | LSBTI* in Braunschweig | 18-07742 |
| 2 | Flüchtlingsangelegenheiten | |
| 3 | Vereinbarung zur Verlängerung und Ergänzung des Kooperationsvertrages vom 05.05.2008 für den Bereich Ilmweg / Saalestraße im Stadtbezirk Weststadt | 18-07623 |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) | 18-07711 |
| 4.1.1 | Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) | 18-07711-01 |
| 4.2 | Resolution "Ambulantes Schmerzzentrum für gesetzlich Versicherte" | 18-07773 |
| 4.2.1 | Resolution "Ambulantes Schmerzzentrum für gesetzlich Versicherte" | 18-07773-01 |
| 4.3 | Augenscreening für Krippen und Kindertagesstätten in Braunschweig | 18-07772 |
| 4.3.1 | Augenscreening für Krippen und Kindertagesstätten in Braunschweig | 18-07772-01 |

5	Anfragen	
5.1	Multiresistente Keime in Gewässern	18-07744
5.1.1	Multiresistente Keime in Gewässern	18-07744-01
5.2	Bandbreite der Krankheiten in der LAB	18-07745
5.2.1	Bandbreite der Krankheiten in der LAB	18-07745-01
5.3	Sicherheit in den Braunschweiger Krankenhäusern/Kliniken	18-07769
5.3.1	Sicherheit in den Braunschweiger Krankenhäusern/Kliniken	18-07769-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Er bittet darum, Mitteilungen zukünftig weniger kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Der Tagesordnungspunkt "Mitteilungen" wird als TOP 1.1, der Tagesordnungspunkt "LSBTI* in Braunschweig" als TOP 1.2 auf die Tagesordnung aufgenommen.

1.1. Mitteilungen

1.2. LSBTI* in Braunschweig

18-07742

Herr Dybowski erklärt, dass der Antrag der Stadt Braunschweig auf Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns seitens des Landes bereits bewilligt worden sei. Beantragt wurde eine Förderung in Höhe von 20.000 €, die unter anderem für die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle genutzt werden solle.

In diesem Zusammenhang stellt sich Frau Rueß dem Ausschuss vor. Sie berichtet, dass bereits erste Kontakte geknüpft worden, und dass auf Erfahrungen anderer Kommunen zurückgegriffen werden solle. Es werde weitere Runde Tische geben.

Frau Dr. Hanke freut sich über den Förderantrag. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass das Land Förderungen für das Jahr 2018 gewähre, eine weitere Förderung seitens des Landes darüber hinaus jedoch noch ungewiss sei.

Ratsherr Merfort bittet darum, dem Ausschuss zukünftig weitere Einblicke in die Arbeit zum Thema zu geben.

Herr Paruszewski bedankt sich für das große Interesse seitens der Verwaltung, eine Förderung für die LSBTI*-Community zu erhalten und geeignete Maßnahmen umzusetzen. Dies habe bei den involvierten Gruppen zu einer hohen Motivation beigetragen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2. Flüchtlingsangelegenheiten

Frau Dr. Hanke berichtet, dass die Verteilquote für 2017 von 492 Personen weiter verlängert worden sei, bis einschließlich 30. Juni 2018.

Bisher habe die Stadt Braunschweig 208 Menschen im Jahr 2017 und 74 Menschen im Jahr

2018 aufgenommen. Zusammen mit den 434 aufgenommenen Geflüchteten aus dem Jahr 2016 ergebe sich somit eine Gesamtzahl von 725 Menschen (Stand 1. April 2018).

Das Land habe den Kommunen außerdem mitgeteilt, dass die Aufnahmequote nun bis Ende Juni durch die Kommunen zu erfüllen sei. Bisher seien Menschen aufgenommen worden, wie das Land sie zugewiesen habe. Nun müssten voraussichtlich sehr viele weitere Menschen innerhalb kurzer Zeit aufgenommen werden. Gegebenenfalls müsste hierzu wieder der Standort Saarbrückener Straße genutzt werden, es solle jedoch vermieden werden, auf weitere Standorte zurückgreifen zu müssen.

Aktuell seien die Wohnstandorte mit 324 Menschen belegt. Zusätzlich seien 76 Personen in 28 Wohnungen untergebracht. Aus Jugendhilfemaßnahmen sind bisher 23 ehemalige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in die Unterbringung in Wohnstandorten gewechselt. Im Jahr 2018 seien es bis März 9 gewesen. Die Wohnstandorte würden sich dementsprechend weiter füllen, es würden jedoch nicht im gleichen Maße wieder Plätze frei. Man müsse die Menschen jedoch dort aufnehmen, da sich sonst in vielen Fällen die Gefahr der Wohnungslosigkeit ergeben würde. Vermutlich müssten weitere Standorte hinzugezogen werden, als nächstes der Standort Lamme.

Ratsherr Schrader fragt nach, aus welchem Grund nun plötzlich die Zahl der Zuweisungen seitens des Landes so stark zunehmen würde. Er erkundigt sich zudem nach Maßnahmen, die junge Menschen in den Wohnstandorten auf das Berufsleben vorbereiten sollen.

Frau Dr. Hanke erläutert, dass aktuell keine gravierend höhere Anzahl an Menschen nach Deutschland flüchte. Das Land habe in 2017 nicht so viele Menschen zugewiesen, wie die Quote erlaubt hätte. Nun solle innerhalb eines kurzen Zeitraums eine verstärkte Verteilung der Menschen aus den Landesaufnahmebehörden auf die Städte erfolgen. Das Problem dieser sehr geballten Zuweisung ergebe sich momentan für alle Kommunen. Man habe kein Problem damit, die Verteilquote zu erfüllen, allerdings damit, sehr viele Menschen in sehr kurzer Zeit aufzunehmen. Hierzu fänden bereits Gespräche mit dem Land statt. Bezüglich der berufsvorbereitenden Maßnahmen erklärt sie, dass diese im Rahmen des jeweiligen Aufenthaltsstatus entsprechend durchgeführt würden.

Ratsherr Merfort fragt, ob sich die Stadt bezüglich der Problematik der verstärkten Zuweisung an den Städtetag gewandt habe.

Frau Dr. Hanke erläutert, dass sie bereits mit dem Städtetag Kontakt aufgenommen habe. In der nächsten Woche werde es eine Sitzung geben, bei welcher das Thema behandelt werden würde.

3. Vereinbarung zur Verlängerung und Ergänzung des Kooperationsvertrages vom 05.05.2008 für den Bereich Ilmweg / Saalestraße im Stadtbezirk Weststadt **18-07623**

Ratsfrau Ohnesorge erklärt, dass die Fortführung der Quartiersarbeit sinnvoll und notwendig sei. Sie kritisiert jedoch die Verbindung mit der Gebietsfreistellung.

Sie fragt nach, wie hoch der Ausgleich sei, den die Wohnungsunternehmen für die Gebietsfreistellung entrichten. Herr Symalla erläutert daraufhin, dass der komplette Beitrag, den jedes Unternehmen zur Vereinsfinanzierung leiste, den Ausgleich für die Gebietsfreistellung darstelle. Dies seien aktuell jährlich 61.667 € je Unternehmen und ab 1. Januar 2019 78.750 € je Unternehmen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10; dagegen: 0; Enth.: 0

4. Anträge

4.1. Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) **18-07711**

Herr Albinus stellt dar, dass es in Braunschweig ein umfangreiches Verfahren zur qualifizier-

ten Inaugenscheinnahme gebe. Im Rahmen eines oftmals mehrstündigen Gespräches zwischen Geflüchteten und Sozialarbeitern der Stadt Braunschweig würden unter anderem die Fluchtroute und Biografie der Geflüchteten erörtert. Dies eröffne die Möglichkeit einer qualifizierten Einschätzung des Alters der Betroffenen. Im Rahmen dieses Verfahrens würden letztendlich ca. 36% der Menschen als volljährig eingestuft. Insgesamt gebe es nur sehr vereinzelte Zweifelsfälle.

Ratsfrau Ohnesorge merkt an, dass durch die umfangreiche Stellungnahme der Verwaltung und die Ausführungen von Herrn Albinus das Thema hinreichend erläutert sei. Sie kritisiert jedoch, dass der im Antrag dargestellte Sachverhalt nicht der Lebenswirklichkeit in deutschen Schulen entspreche. Es lernten immer auch minder- und volljährige Schüler gemeinsam in einer Schule, oft sogar in einer gemeinsamen Klasse. Außerdem biete sich ein Beispiel aus Berlin nicht als Grundlage für die Kommunalpolitik in Braunschweig an.

Ratsherr Dr. Müller erklärt, dass Gelder, welche für Geflüchtete ausgegeben würden, den anderen Bürgern der Stadt Braunschweig nicht mehr zur Verfügung stünden. Seiner Ansicht nach handele die Verwaltung entgegen dem geltenden Recht und entgegen dem entsprechenden Urteil des Bayrischen Verwaltungsgerichtes.

Ratsherr Merfort betont, dass die Verwaltung geltendes Recht einhalte, der Antrag jedoch hiergegen verstoßen würde. Seiner Ansicht nach würde durch die medizinische Untersuchung, die eine große Spannbreite zwischen Mindest- und Höchstalter um das vermutliche Alter eines Geflüchteten herum ergeben würde, eher eine größere Unsicherheit bei der Altersbestimmung erzielt. Wie durch die Verwaltung dargestellt, würde sich hierdurch sogar eine größere Anzahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ergeben. Außerdem sei ein weiterer positiver Effekt der intensiven Gespräche im Rahmen der qualifizierten Inaugenscheinnahme, dass beispielsweise auch die Herkunft der Menschen validiert werde.

Beschluss:

Das Jugendamt der Stadt Braunschweig überprüft im Rahmen der Inobhutnahme ausländischer Personen gem. § 42 a SGB VIII die Minderjährigkeit über die „qualifizierte Inaugenscheinnahme“ hinaus durch medizinische Verfahren immer dann, wenn keine gültigen Ausweispapiere vorliegen und es sich bei diesen nicht zweifelsfrei um Kinder (unter 15 Jahre) im Sinne von § 7 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII handelt. Bei Verweigerung der laut §42f SGB VIII notwendigen Zustimmung des Betroffenen wird von dessen Volljährigkeit ausgegangen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 1; dagegen: 9; Enth.: 0

4.1.1. Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) 18-07711-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Resolution "Ambulantes Schmerzzentrum für gesetzlich Versicherte" 18-07773

Ratsherr Dr. Müller erläutert seinen Standpunkt, dass die Verwaltung sehr wohl die Möglichkeit habe, auf die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen einzuwirken.

Ratsfrau Mundlos erklärt, dass die Stellungnahme der Verwaltung und das beigefügte Schreiben der KVN ausreichend darlegten, warum das Schmerzzentrum nicht wieder zu eröffnen sei. Es sei möglich, dass es Einzelfälle gebe, die nicht versorgt seien, doch in diesen Fällen ließe sich durch entsprechende Informationen für die Betroffenen Abhilfe schaffen, da die Versorgung durch niedergelassene Ärzte sichergestellt sei.

Ratsherr Dr. Müller fragt nach, warum das Schmerzzentrum existiert habe, wenn die Versorgung auch anderweitig sichergestellt sei.

Frau Dr. Buhr-Riehm führt hierzu aus, dass damals ein Sonderbedarf für weniger als 50 Personen geschaffen worden sei. Da die Versorgung nun aber im ambulanten Bereich sichergestellt sei, sei die erneute Aufnahme des Betriebs des Schmerzzentrums nicht notwendig.

Beschluss:

Der Rat stärkt die Verwaltung, sich bei der KV Niedersachsen dafür einzusetzen, dass das Schmerzzentrum im Klinikum Salzdahlumer Straße auch wieder für gesetzlich versicherte Patienten zur Verfügung steht - in dem dort seitens der KV Erteilungen und Zulassungen von ambulanten Ermächtigungen vorgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 1; dagegen: 9; Enth.: 0

4.2.1. Resolution "Ambulantes Schmerzzentrum für gesetzlich Versicherte" 18-07773-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Augenscreening für Krippen und Kindertagesstätten in Braunschweig 18-07772

Ratsherr Dr. Müller führt aus, dass Aufenthalte im Freien wichtig für die frühkindliche Entwicklung des Auges seien. Er schlägt daher vor, einen Hinweis hierauf in die Einladungsschreiben zu den U-Untersuchungen aufzunehmen.

Frau Dr. Buhr-Riehm erläutert, dass gemeinsam mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie geplant werde, Kindergartenuntersuchungen einzuführen. Ein Stellenplanantrag für das Jahr 2019 sei bereits gestellt.

Ratsfrau Seiffert erklärt, dass es sich bei dem Verein zur Förderung der Wahrnehmung bei Kindern um einen ehrenamtlichen Zusammenschluss handele. Zur Finanzierung gibt sie zu bedenken, dass die Gelder aus dem Kinderfonds für Kinder in Not gedacht seien, und man auch nicht den Wohlfahrtsverbänden die Finanzierung überlassen könne. Diese übernehmen im Übrigen auch viele Pflichtaufgaben für die Stadt Braunschweig.

Ratsherr Dr. Müller erläutert, sein Ziel sei die Verbreitung medizinischer Erkenntnisse an junge Eltern.

Ratsherr Merfort begrüßt diese Absicht, stellt jedoch klar, dass der Antrag nicht zielführend sei, und auch die Konsequenzen und Kosten nicht ausreichend durchdacht worden seien.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Dr. Müller erläutert Frau Dr. Buhr-Riehm, dass die Einladungsschreiben für die U-Untersuchungen vom Landesamt für Soziales erstellt würden, und ausreichend informativ seien. Der Fachbereich 51 lade zudem freiwillig zur U9-Untersuchung ein.

Ratsfrau Jaschinski-Gaus kritisiert die gestellten Anträge und merkt an, dass der aktuelle Antrag nicht das enthalte, was Rats Herr Dr. Müller hierzu ausgeführt habe.

Beschluss:

Die Verwaltung möge prüfen ob, wie bereits im Landkreis Gifhorn geschehen, in Zusammenarbeit mit dem Verein zur Förderung der Wahrnehmung bei Kindern (VFWK) ein umfassendes Augenscreening in allen Kindertagesstätten und Krippen der Stadt Braunschweig und der privaten Träger (kirchliche Kindergärten, AWO, etc.) angeboten werden kann. Das längerfristig, über mindestens 3 Jahre angelegte Projekt sollte durch ehrenamtliche Augenoptiker des VFWK durchgeführt werden. Die Kinderfonds der Stadt Braunschweig und Wohlfahrtsverbände kommen zur finanziellen Unterstützung des Projektes in Betracht.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 1; dagegen: 10; Enth.: 0

4.3.1. Augenscreening für Krippen und Kindertagesstätten in Braunschweig 18-07772-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5. Anfragen

5.1. Multiresistente Keime in Gewässern 18-07744

Die Anfrage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 18-07744-01 beantwortet.

5.1.1. Multiresistente Keime in Gewässern 18-07744-01

Frau Dr. Buhr-Riehm erläutert, dass das Thema Multiresistente Keime in Gewässern relativ neu aufgekommen und aktuell noch ein Forschungsfeld sei. Zur Zeit sei es daher noch sehr schwierig, entsprechende Messungen überhaupt zu interpretieren. Es solle daher auch vermieden werden, Werte zu produzieren, die nicht interpretiert werden könnten.

Ratsherr Merfort fragt nach, wie ein Eintrag von Keimen in die Brunnengewässer überwacht und vermieden würde.

Herr Lenz erläutert, dass die Brunnen ca. 50 - 80 Meter tief seien. Das Wasser, welches aus diesen Brunnen gefördert werde, sei schon mehrere hundert Jahre alt. Ein Eintrag von Keimen über das Oberflächenwasser sei nahezu ausgeschlossen. Da das Wasser vor Ort in Braunschweig gefördert werde, werde es zwar nicht gechlort, aber aufbereitet.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Bandbreite der Krankheiten in der LAB 18-07745

Die Anfrage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 18-07745-01 beantwortet.

5.2.1. Bandbreite der Krankheiten in der LAB 18-07745-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.3. Sicherheit in den Braunschweiger Krankenhäusern/Kliniken 18-07769

Die Anfrage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 18-07769-01 beantwortet.

5.3.1. Sicherheit in den Braunschweiger Krankenhäusern/Kliniken 18-07769-01

Der Handlungsleitfaden des Städtischen Klinikums wird dem Protokoll beigelegt (s. Anlage).

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

gez.
Merfort
Stellv. Ausschussvorsitzender

gez.
Dr. Hanke
Dezernentin

gez.
Ferdinand
Schriftführerin